

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Vorbemerkung

Bei diesem Kapitel sind diejenigen Haushaltsausgaben, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unmittelbar bewirtschaftet, und die mit ihnen

zusammenhängenden Haushaltseinnahmen veranschlagt.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 99 -790	Vermischte Einnahmen	300	300	3 124
----------------	----------------------	-----	-----	-------

Haushaltsvermerk

Überzahlte, zu erstattende Zinsbeträge dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, aus den Einnahmen gezahlt werden.

Erläuterungen

Einnahmen, insbesondere aus Zinsen bei Rückzahlung von Zuwendungen. Hinzu treten können Einnahmen aus Prozessen und Vergleichen zu Baumaßnahmen (Kap. 1226).

Übrige Einnahmen

182 01 -839	Rückzahlung von Darlehen an private Unternehmen für Investitionen zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs	3 900	3 600	4 009
----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen

Die Tilgungsdauer der Darlehen an private Unternehmen beträgt bis zu 20 Jahren.

272 01 -692	Einnahmen aus Zuschüssen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für das Bundesprogramm Verkehrsinfrastruktur	-	-	202 100
----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---	---	---------

Haushaltsvermerk

1. Ist-Einnahmen (verbleibende) sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1201 Tit. 427 49, Kap. 1202 Tit. 532 15, 532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32, 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04.

2. **Anderen Berechtigten als dem Bund zustehende Anteile an den Zuschüssen sind bei der Weitergabe von den Einnahmen abzusetzen.**

3. Rückzahlungen an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

4. **Rückzahlungen aus weitergeleiteten Beträgen sind in diesem Titel zu vereinnahmen.**

Erläuterungen

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Union beitragen, indem er die Entwicklung und die strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1) fördert.

Hier werden die Zahlungen für die Finanzierung bedeutsamer Verkehrsinfrastrukturvorhaben in den neuen Bundesländern (ohne ehemaliges Ost-Berlin) nach Maßgabe eines Bundesprogramms "Verkehrsinfrastruktur" vereinnahmt.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €								
272 02 -692	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union für transeuropäische Netze	-	-	55 512								
	Haushaltsvermerk											
	1. Ist-Einnahmen (verbleibende) sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1203 Tit. 752 11, Kap. 1210 Tit. 532 01, 743 12 und Kap. 1222 Tit. 891 03.											
	2. Mehreinnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 532 19.											
	3. Anderen Berechtigten als dem Bund und der Deutsche Bahn AG zustehende Anteile an den Zuschüssen sind bei der Weitergabe von den Einnahmen abzusetzen.											
	4. Rückzahlungen aus weitergeleiteten Beträgen sind in diesem Titel zu vereinnahmen.											
	5. Rückzahlungen an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.											
	Erläuterungen											
	Zuschüsse aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 2236/95 vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze.											
272 03 -692	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	-	-	-								
	Haushaltsvermerk											
	1. Mehreinnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 545 01.											
	2. Anderen Berechtigten als dem Bund zustehende Anteile an den Erstattungen sind bei der Weiterleitung von den Einnahmen abzusetzen.											
281 01 -732	Rückzahlung von Zuwendungen	2 000	1 000	2 865								
	Haushaltsvermerk											
	1. Mehreinnahmen zu Nr. 1 der Erläuterungen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 532 32 und 686 32.											
	2. Überzahlte, zu erstattende Rückforderungsbeträge dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, aus den Einnahmen gezahlt werden.											
	Erläuterungen											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 80%;">Bezeichnung</th> <th style="width: 20%;">1 000 €</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1. Rückzahlung von Zuwendungen aus der Tgr. 03.....</td> <td style="text-align: right;">100</td> </tr> <tr> <td>2. Sonstige Rückzahlungen.....</td> <td style="text-align: right;">1 900</td> </tr> <tr> <td>Zusammen.....</td> <td style="text-align: right;">2 000</td> </tr> </tbody> </table>	Bezeichnung	1 000 €	1. Rückzahlung von Zuwendungen aus der Tgr. 03.....	100	2. Sonstige Rückzahlungen.....	1 900	Zusammen.....	2 000			
Bezeichnung	1 000 €											
1. Rückzahlung von Zuwendungen aus der Tgr. 03.....	100											
2. Sonstige Rückzahlungen.....	1 900											
Zusammen.....	2 000											
381 07 -990	Leistungen von Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben	-	-	-								
	Haushaltsvermerk											
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Einzelplan 12.											

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Titelgruppe 05

Tgr. 05	Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Maut	(3 445 000)	(3 350 000)	
	Erläuterungen			
	Die bisher erhobene zeitbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für deutsche und ausländische LKW ist seit dem Jahr 2002 auf Basis des "Gesetzes zur Einführung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen" durch eine streckenbezogene Gebühr ersetzt worden. Mit der Einführung der streckenbezogenen Gebühr (LKW-Maut) hat die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) die Verteilung von Mitteln aus dem Maut-Aufkommen zur Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben (Straße, Schiene, Wasserstraße) übernommen. Die VIFG bewirtschaftet die Investitionsansätze als Ganzes. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit führt dazu, dass die Investitionsmaßnahmen unterjährig verkehrsträgerübergreifend finanziert werden können. Von der VIFG nicht verausgabte Mittel werden zusätzlich im jeweils folgenden Haushaltsjahr, spätestens mit dem übernächsten Bundeshaushalt bereitgestellt. Dabei sind die tatsächlichen Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben zu berücksichtigen.			
111 52	Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Maut	3 445 000	3 350 000	3 046 690
	-721			
	Haushaltsvermerk			
	1. Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Titelgrp. 05.			
	2. Zu erstattende Gebühren dürfen, auch wenn sie in einem früheren Haushaltsjahr vereinnahmt worden sind, aus den Einnahmen gezahlt werden.			
119 59	Vermischte Einnahmen	-	-	-
	-059			
	Haushaltsvermerk			
	Mehreinnahmen - nach Abzug der im Haushaltsjahr 2004 aus allgemeinen Deckungsmitteln des Haushalts vorfinanzierten Verkehrsinvestitionen in Höhe von 691.830 T€ im Kap. 1202 Tgr. 05 - dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Titelgrp. 05.			
	Erläuterungen			
	Einnahmen aus dem Schiedsgerichtsverfahren.			
272 51	Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union zur Entwicklung eines europäischen Mautsystems	-	-	-
	-790			
	Haushaltsvermerk			
	Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgendem Titel: 526 52.			
281 51	Rückzahlungen und Erstattungen von Investitionsausgaben über die VIFG	-	-	37 385
	-790			
	Haushaltsvermerk			
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Titelgrp. 05.			

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Ausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

526 02 Sachverständige -011		839	1 200	297
--------------------------------	--	-----	-------	-----

Haushaltsvermerk

1. Einsparungen dienen bis zur Höhe von **559 T€** zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1210 Tit. 521 62.
2. Einsparungen dienen bis zur Höhe von **280 T€** zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: Kap. 1222 Tit. 891 01.

Erläuterungen

Im Falle einer Entscheidung über die Realisierung einer festen Quierung des Fehrmarnbelts werden bis zum Jahr 2008 bis zu 2 700 T€ benötigt.

531 12 Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht -187		37	37	37
---------------------------------------------------------------	--	----	----	----

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
-------------	---------

1. GEMA.....	19
2. Verwertungsgesellschaft "Wort".....	18
Zusammen.....	37

Rechtsgrundlage ist der Vertrag vom 20. Juni 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Verwertungsgesellschaft "Wort" betreffend die Abgeltung von Urheberrechten bei Veröffentlichungen in Pressespiegeln sowie der Gesamtvertrag für die Bundesverwaltung vom 3./5. Februar 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der "GEMA" betreffend die Abgeltung von Urheberrechten bei der öffentlichen Wiedergabe geschützter Musik- und Sprachwerke.

Die Ausgaben an die Verwertungsgesellschaft Wort und an die GEMA sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

531 16 Kosten aus Anlass der deutschen G 8-Präsidentschaft 2007 - Environmen- -719 tally Friendly Vehicles - EFV-Konferenz 2007		-	500	-
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	---	-----	---

531 17 Masterplan Güterverkehr und Logistik -790		850	1 100	-
-----------------------------------------------------	--	-----	-------	---

Haushaltsvermerk

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen

Die Koalitionsvereinbarung sieht die Erarbeitung eines Masterplans Güterverkehr und Logistik vor. Ziel ist die Steigerung der Effizienz des Gesamtverkehrssystems. Im Ergebnis wird der Masterplan ein handlungsorientiertes Konzept sein zur Stärkung des Standortes und damit zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Er soll auch zur Schaffung von mehr Akzeptanz des Güterverkehrs und der Logistik in der Öffentlichkeit beitragen. Der Masterplan soll im Dialog und in Zusammenarbeit unter Moderation mit der Verkehrswirtschaft, der verladenden Wirtschaft und mit wissenschaftlicher Unterstützung, mit den Ländern und mit unseren Nachbarn erarbeitet werden.

Der Masterplan wird eine Bestandsaufnahme von Stärken und Schwächen vornehmen und davon ausgehend Handlungsfelder (z. B. Investitionen und deren Finanzierung, Vernetzung, Märkte und Marktbedingungen, Informations- und Kommunikationstechnologien) identifizieren. Daraus wird der Handlungsbedarf abzuleiten und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten sein. Für die Erarbeitung des Masterplans wird u. a. für die Bestandsaufnahme, Organisation und Moderation auch externer Sachverstand benötigt.

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

532 12 Kosten des funkärztlichen Beratungsdienstes für die Seeschifffahrt -712 41 41 41

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Funkärztlicher Beratungsdienst.....	30
2. Personenhaftpflcht Rettungspersonal bei SAR-Übungen.....	10
3. Sonstiges.....	1
Zusammen.....	41

532 13 Wissenschaftliche und allgemein-wirtschaftliche Untersuchungen auf allen -176 Fachgebieten der Verkehrsverwaltung 3 825 4 025 3 072

Verpflichtungsermächtigung.....2 800 T€
 davon fällig:
 im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....2 200 T€
 im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....400 T€
 im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....200 T€

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 02.
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
4. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
5. Von den Forschungsmitteln für das Projekt "umweltfreundliche Motoren bei Binnenschiffen" dürfen bis zu 5 Prozent für Forschungsbegleitung und Projektmanagement eingesetzt werden.

Erläuterungen

Aus dem 6 Mrd. €-Sonderprogramm der Bundesregierung für Forschung und Innovation sind für das Projekt "Umweltfreundliche Motoren bei Binnenschiffen" in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt 1,1 Mio. € vorgesehen.

Die Weiterentwicklung der Verkehrspolitik, insbesondere die Erarbeitung längerfristiger Programme, erfordert laufende Untersuchungen und Forschungen:

1. Investitionsbewertungen, die Entwicklung und Fortschreibung des dafür benötigten methodischen Instrumentariums, die Beschaffung der analytischen Grunddaten über den Personen- und Güterverkehr und darauf aufbauende Prognosen der zukünftigen Verkehrsnachfrage, besonders des nationalen und internationalen Schienenschnellverkehrs,
2. Untersuchungen für die Weiterentwicklung des Ordnungsrahmens für das deutsche und europäische Verkehrswesen,
3. Untersuchungen im Zusammenhang mit den fünf neuen Bundesländern, insbesondere im Bereich der Infrastruktur und der Ordnungspolitik, Bundesverkehrswegeplanung, Transportgewerbegebiete, Verkehrsknotenpunkte, Flughäfen, Güter- und Personenverkehr,
4. verkehrliche Anforderungen an Regional- und Landesplanung,
5. betriebswirtschaftliche und technische Untersuchungen auf den Gebieten der See- und Binnenschifffahrt,
6. Untersuchungen im Zusammenhang mit der Einführung und dem Ausbau der Verkehrstelematik und anderen neuen Verkehrstechnologien bei allen Verkehrsträgern und an deren Schnittstellen,
7. ad-hoc-Untersuchungen zu herausragenden Fragen der Tagespolitik,
8. problembezogene Aufbereitung von Forschungsergebnissen und deren entsprechende Veröffentlichung (Forschungsinformationssystem).

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

532 15 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung - Verkehrstelematik und in-
-692 termodaler Verkehr

- - -

Haushaltsvermerk

- Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig:
532 18, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32, 743 42 und
Kap. 1222 Tit. 891 04.
- Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen
bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.
Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden
und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen
diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen,
nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
- Einnahmen aus gem. Art. 8 VO (EG) 438/2001 und Art. 3 VO (EG)
448/2001 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen

Ausgaben für die Durchführung von Projekten im Bereich der Verkehrstelematik
und des intermodalen Verkehrs im Rahmen des EFRE-Bundesprogramms Verkehrs-
infrastruktur werden von der EU mit 50 bis 75 Prozent gefördert; der Co-Finanzie-
rungsanteil des Bundes beträgt 25 bis 50 Prozent. Vorgesehen ist die Förderung
von Studien und Pilotprojekten.

532 16 Kostenbeteiligung an Sekretariaten
-719

378 378 371

Verpflichtungsermächtigung.....400 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....200 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....200 T€

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Paneuropäische Verkehrskorridore.....	77
2. Marine Accident Investigator's International Forum (MAIIF).....	1
3. Deutsch-chinesische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ent- wicklung und Förderung alternativer Kraftstoffe und Antriebstech- nologien im Verkehr.....	200
4. Globale Erdbeobachtung GEO.....	100
Zusammen.....	378

Zu 1.:

Deutscher Beitrag zur Finanzierung der Sekretariate der Paneuropäischen Korridore
II, III und IV. Deutschland hat sich durch Unterzeichnung gemeinsamer Absichtser-
klärungen auf Ministerienebene zur Mitarbeit bei der Entwicklung dieser internationalen
Verkehrskorridore verpflichtet. Die hierzu notwendigen Beschlüsse werden in etwa
einmal jährlich tagenden Lenkungsausschüssen auf ministerieller Ebene gefasst.
Zu deren Umsetzung und der Koordinierung von Einzelfragen zwischen den Unter-
zeichnerstaaten bedarf es permanenter Sekretariate, die von der EU-Kommission
und den Unterzeichnerstaaten zu finanzieren sind.

Zu 2.:

Das MAIIF ist eine internationale Organisation mit dem Ziel der Verbesserung der
Sicherheit auf See und der Vorbeugung der Meeresverschmutzung. Seit 2005 wirkt
das MAIIF mit beratendem Status bei der IMO bei der Vorbereitung und Fortentwick-
lung internationaler Regelungen auf den Gebieten der Schiffssicherheit, des Arbeits-
schutzes der Beschäftigten auf Seeschiffen und des Meeresumweltschutzes mit.
Hierzu ist ein Sekretariat eingerichtet worden, das die Präsenz des MAIIF bei der
IMO sicherstellen soll und alle notwendigen administrativen Aufgaben erledigt.

Zu 3.:

Mit Unterzeichnung gemeinsamer Absichtserklärungen zwischen BMVBS und dem
chinesischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung (MOST) am 1. Dezember
2003 auf Ministerienebene haben sich die beiden Regierungen zur Mitarbeit bei der
Entwicklung und Förderung alternativer Kraftstoffe und Antriebstechnologien im
Verkehr verpflichtet. Die hierzu notwendigen Beschlüsse und Strategieprojekte

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titel 532 16:

werden in einem etwa einmal jährlich tagenden Lenkungsausschuss auf ministerieller Ebene gefasst. Zu deren Umsetzung und zur Koordinierung von Projekten und Einzelfragen zwischen den Unterzeichnerstaaten bedarf es auf deutscher Seite für die Laufzeit der Regierungsvereinbarung eines Sekretariats, das anteilig von der Bundesregierung und den beteiligten Unternehmen zu finanzieren ist.

Zu 4.:

Die Einrichtung eines GEO-Sekretariats wurde mit der Verabschiedung der GEO-Resolution vom 3. Erdbeobachtungsgipfel (EOS III) am 16. Februar 2005 in Brüssel beschlossen. Das GEO-Sekretariat nimmt innerhalb einer internationalen Managementstruktur von GEO das Tagesgeschäft bei administrativen als auch in fachlichen Angelegenheiten wahr und unterstützt die GEO bei der Umsetzung des 10-Jahresimplementierungsplans. Das Sekretariat hat seinen Sitz bei der WMO in Genf und wird finanziert aus Beiträgen der Mitgliedstaaten.

532 18 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung -Technische Hilfe für Verkehrsinfrastrukturvorhaben -	250	250	822
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----	-----	-----

Verpflichtungsermächtigung.....3 060 T€
 davon fällig:
 im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....500 T€
 im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....500 T€
 im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....700 T€
 im Haushaltsjahr 2012 bis zu.....340 T€
 im Haushaltsjahr 2013 bis zu.....340 T€
 im Haushaltsjahr 2014 bis zu.....340 T€
 im Haushaltsjahr 2015 bis zu.....340 T€

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 532 15, Kap. 1203 Tit. 752 12, Kap. 1210 Tit. 743 32, 743 42 und Kap. 1222 Tit. 891 04.
3. Ausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.
 Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.
4. Einnahmen aus gem. Art. 8 VO (EG) 438/2001 und Art. 3 VO (EG) 448/2001 wieder eingezogenen Beträgen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Co-Finanzierungsanteil des Bundes (25 Prozent).....	250
2. Finanzierungsanteil EU (75 Prozent).....	-
Zusammen.....	250

Ausgaben für die Durchführung der Technischen Hilfe im Rahmen des EFRE-Bundesprogramms Verkehrsinfrastruktur 2000 - 2006 werden von der EU mit 75 Prozent gefördert; der Co-Finanzierungsanteil des Bundes beträgt 25 Prozent.

Die im Rahmen der Technischen Hilfe geförderten Operationen ergeben sich aus den Regeln 11.2 und 11.3 der VO EG 1685/2000. Danach fallen unter die "Technische Hilfe" insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Durchführung von Gutachten, Studien und Analysen zur Erstellung der Programmdokumente,
2. Vorbereitung und Auswahl der aus dem EFRE geförderten Operationen einschließlich der Beratung von Antragstellerinnen und Antragstellern,
3. Durchführung von Schulungen, Seminaren, Prüfungen und Vor-Ort-Kontrollen,
4. Anschaffung und Errichtung von EDV-Systemen für die Verwaltung, Begleitung und Bewertung der unterstützten Maßnahmen und des EFRE-Einsatzes,
5. Durchführung von Evaluierungen, Halbzeitbewertung und Schlussbewertung.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

532 19 -176	Zuschüsse der Europäischen Union zu Studien, Untersuchungen und sonstigen FuE-Maßnahmen sowie Verkehrstelematik für Transeuropäische Verkehrsnetze	847	-	7
----------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----	---	---

Haushaltsvermerk

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 02.

543 01 -719	Veröffentlichung und Dokumentation	138	138	113
----------------	------------------------------------	-----	-----	-----

Haushaltsvermerk

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Veröffentlichungen und Herstellung von Informationsmaterial auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung.....	102
2. Beschaffung und Auswertung allgemeiner Daten, die nicht im Rahmen der amtlichen Statistik gedeckt sind.....	36
Zusammen.....	138

545 01 -719	Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen	2 195	2 937	1 556
----------------	-------------------------------------------------	-------	-------	-------

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben zu Nr. 1 bis 5 der Erläuterungen sind übertragbar.
2. **Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 03.**
3. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Werbe- und Informationsmaterialien gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
4. **Einnahmen fließen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Messen und Ausstellungen.....	400
2. Internationale Konferenzen und Tagungen.....	457
3. Sonstige Veranstaltungen zu Schwerpunktthemen des BMVBS.....	338
4. Internationale Flussgebietskonferenz.....	550
5. IMO-Sitzungswoche.....	450
Zusammen.....	2 195

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)

632 01 -692	Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) - Zuschüsse an Länder	990	990	232
----------------	------------------------------------------------------------------------	-----	-----	-----

Verpflichtungsermächtigung.....800 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....310 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....490 T€

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 01.
2. Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 686 01.
3. Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.
4. Die Ausgaben können bis zum Jahr 2012 auch zur Unterstützung von Modellvorhaben einschließlich Forschungsbegleitung auf dem Gebiet der fahrradfreundlichen Stadtentwicklung eingesetzt werden.

Erläuterungen

Ausgaben für Maßnahmen des Bundes, der Länder und Kommunen, die der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans dienen.

636 01 -731	Erstattung der Kosten für Schiffssicherheitsaufgaben des Bundes an die See-Berufsgenossenschaft und an den Germanischen Lloyd	2 762	2 712	1 963
----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Kostenpauschale des Bundes.....	552
2. Kosten der Seediensttauglichkeitsuntersuchungen für jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.....	80
3. für den Bereich der Hafenstaatkontrollen.....	1 605
4. Erstattungsbeiträge für die Überprüfung auf Schiffen nach Richtlinie 1999/35/EG.....	175
5. für den Bereich des Internationalen Schiffssicherheitsmanagement (ISM).....	350
Zusammen.....	2 762

636 03 -254	Zuschuss an die See-Berufsgenossenschaft für die Seemannsstatistik	7	7	7
----------------	--------------------------------------------------------------------	---	---	---

671 01 -731	Erstattung der Kosten für Schiffssicherheitsaufgaben des Bundes an die Telecom Denmark	72	85	144
----------------	----------------------------------------------------------------------------------------	----	----	-----

Erläuterungen

Von der Telecom Denmark werden die Not- und Sicherheitsfrequenzen für die Schifffahrt im deutschen Zuständigkeitsgebiet (deutsches Seewarngebiet) überwacht. Der Bund erstattet der Telecom Denmark anteilig hierfür die Kosten.

671 02 -156	Kostenerstattung an die Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e. V., Bremen	328	315	321
----------------	---------------------------------------------------------------------------	-----	-----	-----

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Kostenerstattung für Bundesaufgaben.....	315
2. Sonstiges.....	13
Zusammen.....	328

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
683 01 -732	<p>Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt</p> <p>Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind übertragbar.</p> <p>Erläuterungen Der Finanzbeitrag ist konstitutiver Teil des "Maritimen Bündnisses für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt". Es handelt sich um einen strukturellen Schwerpunkt der Schifffahrtspolitik des Bundes auf der Grundlage des Koalitionsvertrages vom 11. November 2005 zur maritimen Politik sowie der Absprachen und Zusagen auf den Nationalen Maritimen Konferenzen (zuletzt Dezember 2006). Zur Sicherung der Bordarbeitsplätze von deutschen Seeleuten auf deutschen Handelsschiffen und des maritimen Know how sowie zur Förderung der Ausbildung des seemännischen Nachwuchses werden Bundeszuwendungen an die Seeschifffahrt gewährt. Weiterhin wird zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes "From Road to Sea" ein Informations-Büro mit bis zu 200 T€ finanziert.</p>	57 200	57 200	56 701
683 03 -129	<p>Beihilfen zur Ausbildungsförderung in der Binnenschifffahrt</p> <p>Verpflichtungsermächtigung.....2 367 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....845 T€ im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....845 T€ im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....677 T€</p> <p>Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind übertragbar.</p>	2 368	2 034	1 581
683 04 -741	<p>Aufbau und Einführung eines deutschlandweiten interoperablen Fahrgeldmanagements ("e-ticketing")</p> <p>Verpflichtungsermächtigung.....3 000 T€ fällig im Haushaltsjahr 2009.</p> <p>Haushaltsvermerk 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Von den Forschungsmitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Forschungsbegleitung und Projektmanagement eingesetzt werden.</p> <p>Erläuterungen Aus dem 6 Mrd.-€-Sonderprogramm der Bundesregierung für Forschung und Innovation sind für das "e-ticketing" in den Jahren 2006 bis 2009 insgesamt rd. 9,8 Mio. € bei dem Titel 683 04 vorgesehen. Für die Gesamteinführung eines deutschlandweiten Fahrgeldmanagements soll der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) unterstützt werden, die notwendigen zentral wahrzunehmenden Aufgaben wie z. B. Sicherheits- und Schlüsselmanagement aufzubauen und koordinierend für die Bundesländer wahrzunehmen. Damit sollen die vom BMBF finanzierten Vorarbeiten weitergeführt werden. Für die Gesamtinvestitionen zur Einführung des Systems in Höhe von 570 Mio. € sind die Länder zuständig.</p>	2 150	3 000	-
683 05 -732	<p>Förderung von umweltfreundlichen Motoren für Binnenschiffe zur Modernisierung der deutschen Binnenschiffsflotte</p> <p>Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind übertragbar.</p> <p>Erläuterungen Veranschlagt sind Ausgaben für Maßnahmen, die der Modernisierung der deutschen Binnenschiffsflotte aus umwelt-, wirtschafts- und verkehrspolitischer Sicht dienen. Durch die Förderung emissionsärmerer Dieselmotoren anstelle herkömmlicher Dieselmotoren bei neuen Binnenschiffen sowie durch die Förderung des Austausches</p>	3 000	2 000	-

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titel 683 05:

herkömmlicher Dieselmotoren durch emissionsärmere Motoren bei bestehenden Binnenschiffen soll der Emissionsausstoß in der Binnenschifffahrt verringert werden.

683 06 Entwicklung des Erdbeobachtungsinstruments "METImage" 1 500
-168

Verpflichtungsermächtigung.....3 500 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....2 000 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu..... 1 500 T€

Erläuterungen

Das Erdbeobachtungsinstrument "METImage" ist als nationale Beistellung für ein bei der Europäischen Organisation für den Betrieb meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) in Planung befindliches polarumlaufendes Satellitensystem vorgesehen.

684 01 Beihilfen für Schiffsjungenheime und Schifferkinderheime der Binnenschiff- 51 51 51
-129 fahrt

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Beihilfe für Schiffsjungenwohnheime der Binnenschifffahrt.....	10
2. Beihilfen für Schifferkinderheime in der Binnenschifffahrt.....	41
Zusammen.....	51

Die Schifferkinderheime nehmen Kinder von Schifferfamilien auf, die an Bord wohnen und keinen festen Wohnsitz an Land haben. Die Heime stehen im Eigentum caritativer Verbände, deren Mittel beschränkt sind. Nur mit Zuschüssen der Schifffahrtsverbände, der Länder und des Bundes ist die Einrichtung und Aufrechterhaltung der Heime möglich.

Die gesetzlich vorgeschriebene und aus Verkehrssicherheitsgründen notwendige schulische Fortbildung der Schiffsjungen lässt sich nur durch Zusammenfassung in Schiffsjungenheimen (Internaten) durchführen. Solche Internate sind den Schifferberufsschulen in Petershagen und in Duisburg/Homberg angeschlossen. Während die Sach- und Personalkosten für die Schifferberufsschulen durch die Länder getragen werden, werden die Kosten für Errichtung und Unterhaltung der Schiffsjungenwohnheime von dem Schifffahrtsgewerbe, dem Bund und den Ländern getragen.

684 02 Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften 18 17 7
-790

686 01 Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) - Zuschüsse an 2 000 1 000 997
-692 Gesellschaften des privaten Rechts

Verpflichtungsermächtigung.....1 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....500 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....500 T€

Haushaltsvermerk

- Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 01.
- Die Verpflichtungsermächtigung ist mit der Verpflichtungsermächtigung bei folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 632 01.
- Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.

Erläuterungen

Ausgaben für nicht investive Maßnahmen der Fachkreise und Gesellschaften des privaten Rechts, die der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans dienen.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €						
686 02 -699	Innovative Mobilitätskonzepte Haushaltsvermerk 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 532 13. 3. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.	-	1 000	253						
	Erläuterungen Ausgaben für Maßnahmen, die im Verkehrsbereich zusätzliche Impulse und Anstöße für Innovationen setzen, sie aufgreifen und ihre Entwicklung durch begleitende Maßnahmen fördern sowie günstige Voraussetzungen für die Einführung marktreifer Innovationen schaffen sollen.									
686 04 -622	Umsetzung der deutsch-chinesischen Regierungserklärung zur Zusammenarbeit bei alternativen Kraftstoffen und Antrieben Verpflichtungsermächtigung.....600 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....300 T€ im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....300 T€	669	400	100						
	Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind übertragbar. Erläuterungen Im Rahmen der am 1. Dezember 2003 unterzeichneten deutsch-chinesischen Regierungsvereinbarung sollen gemeinsam mit deutschen und chinesischen Unternehmen sowie Instituten bis Ende 2008 Studien und Projekte zur Förderung einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Mobilitätsentwicklung durchgeführt werden. Der Schwerpunkt der Arbeit betrifft alternative und/oder regenerativ hergestellte Kraftstoffoptionen und Antriebstechnologien. Auf deutscher Seite erfolgt die Projektförderung anteilig durch die Bundesregierung (50 Prozent) und durch die beteiligten Unternehmen (50 Prozent).									
686 06 -790	Kostenerstattung für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) Erläuterungen Erstattung von Personal- und Sachaufwand des DLR für die Wahrnehmung deutscher Interessen insbesondere bei der ESA im Bereich der Satellitennavigation für das Projekt Galileo.	445	400	268						
686 07 -729	Zuschüsse für Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Verkehrsunfälle Verpflichtungsermächtigung.....6 136 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....5 113 T€ im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....1 023 T€	10 848	11 248	10 324						
	Haushaltsvermerk 1. Die Ausgaben zu Nr. 3 der Erläuterungen sind übertragbar. 2. Von den Mitteln zu Nr. 1 der Erläuterungen dürfen bis zu 34 T€ für die Verwendungsnachweisprüfung eingesetzt werden (Kostenerstattung an das Bundesverwaltungsamt [BVA]).									
	Erläuterungen <table border="1" data-bbox="177 1962 954 1995"> <thead> <tr> <th>Bezeichnung</th> <th>1 000 €</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1. Umsetzung einzelner Projekte durch den DVR im Auftrag des BMVBS.....</td> <td style="text-align: right;">2 167</td> </tr> <tr> <td>2. Förderung einzelner Projekte ohne DVR-Beteiligung.....</td> <td style="text-align: right;">3 067</td> </tr> </tbody> </table>	Bezeichnung	1 000 €	1. Umsetzung einzelner Projekte durch den DVR im Auftrag des BMVBS.....	2 167	2. Förderung einzelner Projekte ohne DVR-Beteiligung.....	3 067			
Bezeichnung	1 000 €									
1. Umsetzung einzelner Projekte durch den DVR im Auftrag des BMVBS.....	2 167									
2. Förderung einzelner Projekte ohne DVR-Beteiligung.....	3 067									

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titel 686 07:

Bezeichnung	1 000 €
3. Maßnahmen des BMVBS.....	5 114
4. CO ₂ -Minderungsmaßnahmen im Verkehr.....	500
Zusammen.....	10 848

Die zu Ziffer 1. aufgeführten Maßnahmen werden im Deutschen Verkehrssicherheitsrat abgestimmt.

Zu 1. und 2.:

Vorgesehen sind insbesondere

1. Aktionen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Bundesebene.
2. Durchführung der für die besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmergruppen entwickelten Zielgruppenprogramme.

Darüber hinaus wird der DVR teilweise institutionell gefördert (siehe dazu Tit. 686 21).

Zu 3.:

Vorgesehen sind u. a.

1. Aufklärung der Bevölkerung über:
 - 1.1 Vorschriften der Straßenverkehrsordnung, der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung und des Straßenverkehrsgesetzes, deren Übertretung in besonderem Maße fahrentüchtig ist,
 - 1.2 das Programm zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Straßen, seine Motive, Inhalte und die einzelnen Maßnahmen,
 - 1.3 die Wirkungen und Ergebnisse der Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr,
2. flankierende Beteiligung mit abgestimmten Maßnahmen an den Zielgruppenprogrammen,
3. Sondermaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Zu 4.:

Im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Klimaschutzprogramms und zur Erreichung der im Allokationsplan vorgeschriebenen CO₂-Minderungsmaßnahmen im Verkehrsbereich sind u. a. verstärkte Maßnahmen für ein ressourcenschonendes Verkehrsverhalten vorgesehen.

686 08 Förderung des Normenwesens
-680

812

805

767

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Förderung des DIN Normenausschusses Verpackungswesen (Gefahrgutverpackung).....	18
2. Förderung der Koordinierung Gefahrgut.....	20
3. Förderung des DIN Normenausschusses Tankanlagen - ISO-Projekt.....	13
4. Förderung des DIN Normenausschusses Tankanlagen - CEN-Projekt -.....	81
5. Förderung des DIN Normenausschusses Heiz- und Raumlufttechnik.....	24
6. Förderung des DIN Normenausschusses Druckgasanlagen....	38
7. Förderung des DIN Normenausschusses Beschichtungsstoffe und Beschichtungen - CEN-Projekt -.....	12
8. Förderung des DIN Normenausschusses Bauwesen.....	511
9. Förderung der DIN Normenstelle Schiffs- und Meerestechnik (NSMT).....	80
10. Förderung der DIN Normenstelle Schiffs- und Meerestechnik (NSMT) - ISO-Projekt.....	15
Zusammen.....	812

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

686 09 Initiative Metaplattform zur Verkehrsinformation -790 1 500 1 000 40

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
3. Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der Forschungsvorhaben ausgewertet, dokumentiert, veröffentlicht und verbreitet werden.
4. Von den Mitteln dürfen bis zu 20 Prozent für begleitende Untersuchungen eingesetzt werden.
5. Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.

Erläuterungen

Aus dem 6 Mrd. €-Sonderprogramm der Bundesregierung für Forschung und Innovation sind für die Initiative zur Information der Verkehrsteilnehmer in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt 6,5 Mio. € bei dem Titel 686 09 vorgesehen. Die zu entwickelnde und aufzubauende Metaplattform soll allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern, Privatpersonen, öffentliche Hand und Rundfunkanstalten den Zugriff auf und die Nutzung von verkehrlichen Daten des Individual- und öffentlichen Verkehrs erleichtern. Hierzu sollen Verknüpfungen der Plattform mit bestehenden Verkehrsinformationssystemen aller Verkehrsträger und sonstiger Quellen geschaffen werden. Ziel ist die Schaffung eines intermodalen Informationsangebotes für Jedermann.

687 02 Beiträge an internationale Organisationen -790 7 509 7 734 5 402

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben dürfen auch für besondere Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags verwendet werden.

Erläuterungen

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Haushaltsvolumen in Fremdwährung/ in €	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland		Besondere Leistungen außerhalb des Mitgliedsbeitrags in €	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 € gerundet
		Prozent	in Fremdwährung/ in €		
1	2	3	4	5	6

1. Zentralkommission für die Rheinschifffahrt in Straßburg
Rechtsgrundlage: Revidierte Rheinschiffahrtsakte v. 17.10.1868..... 2 225 000 20 445 000 8 000 453
Zweck: Sicherung und Fortbildung des internationalen Flussschiffahrtregimes, Sicherheit und Ordnung des Verkehrs
2. Zwischenstaatliche Organisationen für den internationalen Eisenbahnverkehr in Bern (OTIF)..... 3 488 067 CHF 576 978 CHF
Rechtsgrundlage: Beitritt..... 2 086 178 345 085 345
Zweck: Schaffung, Durchführung u. Fortentwicklung einer einheitlichen Rechtsordnung für die Beförderung von Personen, Gepäck und Gütern
3. Internationaler Ständiger Verband der Straßenkongresse in Paris
Rechtsgrundlage: Beitritt (Kabinettsbeschluss v. 13.01.1956)..... 403 990 36 588 37
Zweck: Überregionale Entwicklung und Forschung im Straßenbau und Straßenverkehr

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titel 687 02:

Bezeichnung der Organisation Rechtsgrundlage und Zweck der Mitgliedschaft	Haushaltsvolumen in Fremdwährung/ in €	Mitgliedsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland		Besondere Leistungen außerhalb des Mitgliedbeitrags in €	Zusammen Spalte 4 + 5 in 1 000 € gerundet
		Prozent	in Fremdwährung/ in €		
1	2	3	4	5	6
4. Department of State, Washington Beitrag zu den Kosten des Betriebs eines internationalen Eiswach- dienstes im Nordatlantischen Ozean.....			130 000 USD		
Rechtsgrundlage: Gesetz.....			91 898		92
Zweck: Rechtzeitige Unterrichtung der deutschen Seeschiffahrt über die Eisbergbedrohung im Nordatlantik					
5. Internationales Hydrographisches Büro in Mo- naco					
Rechtsgrundlage: Gesetz.....	2 609 011	3,0	75 203	5 000	80
Zweck: Koordinierung der Tätigkeit aller nationalen hydrographischen Dienste sowie Vereinheitlichung der Seekarten und Seebucher					
6. Weltorganisation für Meteorologie in Genf (WMO).....	62 450 000 CHF	9,0	5 320 740 CHF		
Rechtsgrundlage: Gesetz.....	37 350 721		3 182 281	10 000	3 192
Zweck: Koordinierung der meteorologischen Tätig- keiten in der Welt					
7. Internationale Seeschiffahrtsorganisation in Lon- don (IMO).....	26 398 125 GBP	2,0	527 962 GBP	825 GBP	
Rechtsgrundlage: Beitritt.....	38 114 405		762 287	1 191	763
Zweck: Vorbereitung internationaler Regelungen auf den Gebieten der Schiffssicherheit, der Schiffsvermessung, des Meeresumweltschutzes und des üblichen und privaten Seerechts					
8. Moselkommission in Trier.....	315 000	33,0	105 000	9 000	114
Rechtsgrundlage: Gesetz					
Zweck: Sicherung und Fortbildung des internati- onalen Flussschiffahrtregimes					
9. Sekretariat im Rahmen der Vereinbarung über die Hafenstaatkontrollen					
Rechtsgrundlage: Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle v. 26.01.1982.....	931 867		49 046		49
Zweck: Sicherheitskontrolle von Schiffen unter fremden Flaggen					
10. Donaukommission.....	3 900 190 CHF		354 563 CHF		
Rechtsgrundlage: Kab.-Beschluss v. 16.12.87.....	2 332 665		212 060		212
Zweck: Sicherung und Fortbildung des internati- onalen Flussschiffahrtregimes					
11. EuroNCAP.....	493 000		45 000		45
Rechtsgrundlage: Beitritt 20.05.1998					
Zweck: Verbesserung der Fahrzeugsicherheit					
12. COSPAS/SARSAT-System.....	1 694 000 CAD	3,0	42 000 CAD		
Rechtsgrundlage: Beitritt 31.08.1992.....	1 220 459		30 259		30
Zweck: Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Such- und Rettungsdienste (SAR-Dienste)					
13. CEMT.....	4 473 067	22	987 000	1 000 000	1 987
Rechtsgrundlage: OECD - Haushalt					
Zweck: Ausrichtung des jährlichen Forums der CEMT - Europäische Verkehrsministerkonfe- renz					
14. Sonstige.....			106 000	4 000	110
Zusammen.....			6 472 707	1 037 191	7 509

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Ausgaben für Investitionen

891 01 -729	Projekt "Clean-Energy-Partnership Berlin" (CEP) Erläuterungen	-	700	400
----------------	------------------------------------------------------------------	---	-----	-----

Erläuterungen

Das Projekt "Clean-Energy-Partnership Berlin" (CEP) ist eine Initiative von Unternehmen der Verkehrswirtschaftlichen Energiestrategie (VES) mit dem Ziel, einen weiteren Schritt bei der Entwicklung der Rahmenbedingungen für einen Kraftstoff der Zukunft zu unternehmen. Das Projekt CEP ist in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung als Projekt aufgenommen worden.

894 01 -183	Zuschuss zum Erweiterungsbau des Meereskundlichen Museums in Stralsund Erläuterungen	-	8 334	5 531
----------------	-----------------------------------------------------------------------------------------	---	-------	-------

Erläuterungen

Der Bund beteiligt sich mit bis zu 25 Mio. € an den geschätzten Gesamtkosten von 51 Mio. € für die Errichtung eines Erweiterungsbaus des "Ozeaneums" - Meereskundliches Museum in Stralsund. Den verbleibenden Finanzierungsanteil teilen sich das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Stadt Stralsund und die Stiftung Deutsches Meeresmuseum.

Weniger wegen Beendigung der Finanzierung durch den Bund in 2007.

896 03 -729	Bau einer Straßenverbindung im Dreiländereck der Euroregion Neiße (Zittau/Reichenau/Grottau) Haushaltsvermerk	-	-	2 000
----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---	---	-------

Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen bis zur Höhe von **1 000 T€** der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 1210 Tit. 741 41.

Erläuterungen

Die Erweiterung der Bundesstraße 178, welche die Ortsdurchfahrt Zittau vom Durchgangsverkehr entlastet, kann aus Gründen der Topografie und der Wirtschaftlichkeit nur über polnisches Hoheitsgebiet verlaufen.

Der Bund trägt hierbei von den auf polnischem Hoheitsgebiet entstehenden Kosten einen Anteil von maximal 13 000 T€.

896 05 -721	Bau von Gewässerschutzmaßnahmen auf tschechischem Gebiet im Rahmen des Autobahneubaus Dresden-Prag Erläuterungen	-	-	-
----------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---	---	---

Erläuterungen

Nach dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 werden der Tschechischen Republik auf Nachweis die Kosten für die auf dem tschechischen Hoheitsgebiet ausschließlich zum Schutz der deutschen Trinkwassertalsperre Gottleuba durchzuführenden Maßnahmen erstattet.

Besondere Finanzierungsausgaben

981 07 -990	Leistungen an Bundesbehörden zur Durchführung von ressortübergreifenden Aufgaben Haushaltsvermerk	-	-	-
----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------	---	---	---

Haushaltsvermerk

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: Einzelplan 12.

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Titelgruppe 01

Tgr. 01	Projekt Modernisierung administrativer Aufgaben durch Geschäftsprozess-optimierung Erläuterungen	(4 508)	(12 984)									
	Das Projekt Modernisierung administrativer Aufgaben durch Geschäftsprozessoptimierung (MaAGIE) ist in das Leitprojekt IT-Strategie eingebunden, das Bestandteil des Regierungsprogramms "Moderner Staat - Moderne Verwaltung" ist. Die administrativen Aufgaben (u. a. Personalverwaltung, Organisation, Haushalt, Materialverwaltung) der Behörden des Geschäftsbereichs sollen flächendeckend organisationsoptimiert und mit einer integrierten betriebswirtschaftlichen Standardsoftware (SAP R/3) unterstützt werden. Im Vordergrund stehen die Prozessoptimierung, die Modernisierung der Personalverwaltung, die Koordinierung von Kosten- und Leistungsrechnungs- und Controlling-Projekten im Geschäftsbereich und weitere administrative Aufgabenbereiche. Die Ergebnisse des Projektes sollen Modellcharakter für die Bundesverwaltung haben.											
511 11	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und -011 Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	370	370	348								
	Haushaltsvermerk 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 11. 2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 525 11 und 526 12.											
	Erläuterungen											
	<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="240 1095 874 1128">Bezeichnung</th> <th data-bbox="874 1095 1026 1128">1 000 €</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="240 1135 874 1158">1. Geräte.....</td> <td data-bbox="986 1135 1026 1158">20</td> </tr> <tr> <td data-bbox="240 1164 874 1187">2. Wartung der Hardware und Software Rechenzentrum MaAGIE.....</td> <td data-bbox="986 1164 1026 1187">350</td> </tr> <tr> <td data-bbox="240 1193 874 1216">Zusammen.....</td> <td data-bbox="986 1193 1026 1216">370</td> </tr> </tbody> </table>	Bezeichnung	1 000 €	1. Geräte.....	20	2. Wartung der Hardware und Software Rechenzentrum MaAGIE.....	350	Zusammen.....	370			
Bezeichnung	1 000 €											
1. Geräte.....	20											
2. Wartung der Hardware und Software Rechenzentrum MaAGIE.....	350											
Zusammen.....	370											
525 11	Aus- und Fortbildung -011	300	300	47								
	Haushaltsvermerk 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 11. 2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 511 11 und 526 12.											
526 12	Sachverständige -011	1 014	1 014	369								
	Haushaltsvermerk 1. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 812 11. 2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 511 11 und 525 11.											
812 11	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Aus- -011 rüstungsgegenständen, Software	2 824	11 300	8 493								
	Haushaltsvermerk Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgenden Titeln geleistet werden: 511 11, 525 11 und 526 12. Erläuterungen Weniger wegen Anpassungen an den Programmverlauf.											

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Titelgruppe 02

Tgr. 02 Verkehrswissenschaftliche Einrichtungen (826) (426)

Haushaltsvermerk

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.

Die ein Gesamtvolumen von 205 T€ überschreitende Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit bedarf der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

686 21 Verkehrswissenschaftliche Einrichtungen - Betrieb 826 426 416
-176

Haushaltsvermerk

Die Erläuterungen sind hinsichtlich der Ausgabenansätze der einzelnen Zuwendungsempfänger / Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen.

Erläuterungen

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent		Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
	mit	ohne			
	Eigenmittel		4	5	6
1	2	3			

Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

1.1 Studiengesellschaft für den kombinierten Verkehr e. V... - aus Kap. 1202 Tit. 686 21	35,61	100,00	172	172	172
1.2 Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e. V..... - aus Kap. 1202 Tit. 686 21	28,71	81,82	234	234	225
1.3 Deutscher Verkehrssicherheitsrat e. V..... - aus Kap. 1202 Tit. 686 21	14,83	100,00	400	-	-
Zusammen			806	406	397
- Summe Tit. 686 21			806	406	397

Projektförderung

2.1 Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation (DGON).....			20	20	19
Insgesamt			826	426	416
- Summe Tit. 686 21			826	426	416

Zu 1.1:

Die Studiengesellschaft für den kombinierten Verkehr in Frankfurt (Main) hat die Aufgabe, alle Maßnahmen des kombinierten Verkehrs zu fördern, insbesondere die technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung zu betreiben. Daneben wirkt die Studiengesellschaft für den kombinierten Verkehr bei der Behandlung internationaler Fragen im Rahmen der CEMT, ECE, EU und bei bilateralen Verhandlungen mit. Die Zuwendung ist vorgesehen für verkehrswirtschaftliche und verkehrstechnische Entwicklungsarbeiten bei der Koordinierung des inner- und zwischenbetrieblichen Verkehrs sowie für sonstige Maßnahmen zur Förderung des kombinierten Verkehrs.

Zu 1.2:

Die DVWG setzt sich für eine nachhaltige soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung des Verkehrs ein. Sie fördert verkehrsträgerübergreifende Lösungen wirtschaftlicher, technischer, organisatorischer und rechtlicher Probleme durch Erfahrungsaustausch von Verkehrsfachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung auf nationaler und europäischer Ebene. Die Arbeiten der Gesellschaft sind für die Vorbereitung verkehrspolitischer Entscheidungen von erheblichem Nutzen. Die Zentrale Informationsstelle Verkehr (ZIV) in der DVWG ist eine Plattform für Information und Dokumentation im Verkehrsbereich. Für das Forschungsinformationssystem Verkehr, Städtebau, Raumordnung und Wohnungswesen des BMVBS übernimmt sie die Dokumentation und Dokumentenbeschaffung. Sie erstellt u. a. die von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden initiierte Dokumentation der Verkehrserhebungen.

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titel 686 21 (Titelgruppe 02):

Zu 1.3:

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) wurde 1969 auf Initiative des damaligen Bundesverkehrsministers als gemeinnütziger Verein gegründet. Die Aufgabe des Vereins ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Schwerpunkte sind Fragen der Verkehrstechnik und -aufklärung, des Verkehrsrechts, der Verkehrsmedizin und der -überwachung. Der Verein koordiniert die vielfältigen Aktivitäten seiner Mitglieder, entwickelt Programme und passt diese kontinuierlich neuen Anforderungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen an. Eine seiner zentralen Aufgaben liegt in der Bündelung der Bemühungen aller beteiligten Stellen zu einem gemeinsamen und wirksamen Handeln (Koordinierungsfunktion). Diese Koordinierungsfunktion nimmt der DVR auch unabhängig von konkreten Projekten wahr.

Zu 2.1:

Die Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation e. V. (DGON) hat nach ihrer Satzung u. a. die Aufgabe, die Behörden und Einrichtungen des Bundes und der Länder zu beraten. Dafür erhält sie seit 1996 eine Projektförderung.

893 21 -176	Verkehrswissenschaftliche Einrichtungen -Zuschüsse für Investitionen	-	-	-
----------------	----------------------------------------------------------------------	---	---	---

Titelgruppe 03

Tgr. 03	Zukunftssicherung der deutschen Magnetschwebbahntechnik	(14 200)	(112 200)	
---------	---------------------------------------------------------	----------	-----------	--

Erläuterungen

Der Transrapid ist nicht nur ein innovatives Verkehrsprojekt, sondern auch ein Symbol für die Leistungsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland. Die Bundesregierung ist daher bereit, sich an der Zukunftssicherung der Magnetschwebbahntechnik zu beteiligen und deren kommerzielle Anwendung mit Bundeszuschüssen von bis zu 2,3 Mrd. € zu fördern.

Diese innovative Technik wird im Interesse des Industriestandortes Deutschland unter Einbeziehung der Transrapid Versuchsanlage Emsland (TVE) zu einem schnellen und leistungsfähigen Verkehrssystem weiterentwickelt. In Kooperation mit den Systemfirmen wird deshalb ein mehrjähriges Programm umgesetzt.

532 32 -839	Gutachten und Untersuchungen im Zusammenhang mit rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen sowie Projektbegleitung	4 200	4 200	2 563
----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------	-------	-------

Verpflichtungsermächtigung.....4 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....2 000 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....2 000 T€

Haushaltsvermerk

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 01.

Erläuterungen

Die Planung und Untersuchung von Anwendungsstrecken und von sonstigen Maßnahmen der Zukunftssicherung erfordern die Inanspruchnahme von Sachverständigen und einer Projektbegleitung.

686 32 -839	Zuwendungen für den Betrieb der Transrapid Versuchsanlage Emsland (TVE)	10 000	8 000	8 000
----------------	-------------------------------------------------------------------------	--------	-------	-------

Verpflichtungsermächtigung.....6 000 T€
fällig im Haushaltsjahr 2009.

Haushaltsvermerk

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 281 01.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titel 686 32 (Titelgruppe 03):

Erläuterungen

Der Betrieb der TVE dient für Langzeit-Tests zur Sicherstellung und Demonstration des Entwicklungsstandes und einer weitergehenden Erprobung und Optimierung für verkehrliche Anwendungen. Dies schließt auch die Instandhaltung im erforderlichen Umfang ein.

718 32	Anwendungsnahe Weiterentwicklung der Magnetschwebbahntechnik als	-	-	60 640
-839	Verkehrssystem für die Zukunft			

Verpflichtungsermächtigung.....1 000 T€
fällig im Haushaltsjahr 2009.

Haushaltsvermerk

1. Einsparungen, soweit ihnen Rückzahlungen der Systemindustrie gegenüberstehen, die aus der Beauftragung inländischer Anwendungsstrecken resultieren, dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 882 31.
2. Die Systemindustrie wird dazu verpflichtet, nach vollständiger Durchführung des gesamten Weiterentwicklungsprogramms Rückzahlungen an den Bund in Höhe der Entwicklungskosten zu leisten, wenn sie die gewerblichen Schutzrechte und Erfindungen in einem Anwendungsfall nutzt oder Dritten die Nutzung gestattet. Die Rückzahlungen der Systemindustrie müssen sich in einem ersten Anwendungsfall auf mindestens 50 Mio. € und insgesamt auf 100 Mio. € belaufen.
3. Rückzahlungen der Systemindustrie fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen

Die Magnetschwebbahntechnik soll als schnelles und leistungsfähiges Verkehrssystem weiterentwickelt und optimiert werden. Hierzu zählt vorrangig die praktische Erprobung.

882 31	Zuweisungen an die Länder zur Realisierung von Anwendungsstrecken für	-	100 000	-
-839	die Magnetschwebbahntechnik			

Verpflichtungsermächtigung.....925 000 T€
in künftigen Haushaltsjahren.

Haushaltsvermerk

1. **Die Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt.**
Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 718 32.
3. Die Erläuterungen **zu Nr. 2 bis 4** sind verbindlich.

Erläuterungen

1. Die Planung und Realisierung von Anwendungsstrecken für die Magnetschwebbahntechnik dient der Sicherung der Magnetschwebbahntechnik und liegt im Interesse des Technologievorsprungs, des Erhalts der Arbeitsplätze und der Sicherung des Industriestandortes Deutschland.
2. Die Zuweisungen für ein Projekt dürfen insgesamt 50 Prozent der Investitionskosten nicht übersteigen.
3. Für das Projekt Flughafenanbindung München dürfen insgesamt höchstens 925 Mio. € zugewiesen werden.
4. Vor der Leistung von Ausgaben aus Ausgaberesten ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu unterrichten.

Weniger wegen Anpassungen an den geplanten Projektverlauf.

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Titelgruppe 04

Tgr. 04	Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs und neuer Verkehre im Kombinierten Verkehr sowie Förderung der Errichtung, des Ausbaus und der Reaktivierung von Gleisanschlüssen	(109 530)	(99 530)	
	<p>Haushaltsvermerk</p> <p>1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgenden Titeln: Kap. 1203 Titelgrp. 01, Kap. 1210 Titelgrp. 01, Kap. 1222 Tit. 861 01 und 891 01.</p>			
	<p>Erläuterungen</p> <p>Gefördert werden können der Neu- und Ausbau von öffentlichen Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs Schiene/Straße und Wasserstraße/Straße. Die Förderung erfolgt durch zinslose Darlehen oder Baukostenzuschüsse, soweit eine Finanzierung durch privates Kapital nicht zur Wirtschaftlichkeit der Anlage führt. Des Weiteren können im Rahmen des Förderprogramms "Nationales PACT" Startbeihilfen zur Abfederung von Auslastungslücken bei der Etablierung von neuen KV-Leistungsangeboten sowie Investitionszuschüsse für KV-Ausrüstungen, insbesondere für innovative Lösungen, gewährt werden. Zudem können im Rahmen der Förderrichtlinie die Errichtung und Reaktivierung von Gleisanschlüssen gefördert werden.</p>			
683 41 -839	Zuschüsse an private Unternehmen zur Förderung neuer Verkehre im Kombinierten Verkehr	15 000	15 000	3 527
	<p>Verpflichtungsermächtigung.....8 500 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....1 500 T€ im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....7 000 T€</p>			
	<p>Haushaltsvermerk</p> <p>Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 862 41, 892 41 und 892 42.</p>			
862 41 -839	Darlehen an private Unternehmen für Investitionen zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs	10 506	10 506	3 299
	<p>Verpflichtungsermächtigung.....1 697 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....850 T€ im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....847 T€</p>			
	<p>Haushaltsvermerk</p> <p>Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 683 41, 892 41 und 892 42.</p>			
892 41 -839	Baukostenzuschüsse an private Unternehmen für Investitionen zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs	52 024	42 024	73 388
	<p>Verpflichtungsermächtigung.....56 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....30 000 T€ im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....15 000 T€ im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....11 000 T€</p>			
	<p>Haushaltsvermerk</p> <p>Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 683 41, 862 41 und 892 42.</p> <p>Erläuterungen</p> <p>Mehr wegen Bedarfsanpassung.</p>			

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titelgruppe 04:

892 42	Investitionszuschüsse an private Unternehmen zur Errichtung, Ausbau und	32 000	32 000	8 569
-839	Reaktivierung von Gleisanschlüssen			

Verpflichtungsermächtigung..... 12 000 T€
fällig im Haushaltsjahr 2009.

Haushaltsvermerk

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 683 41, 862 41 und 892 41.

Erläuterungen

Das Förderprogramm "Gleisanschlüsse" ist zunächst auf fünf Jahre mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von 160 000 T€ ausgelegt.

Titelgruppe 05

Tgr. 05	Verwendung der streckenbezogenen LKW-Maut	(3 497 232)	(3 197 585)
---------	-------------------------------------------	-------------	-------------

Haushaltsvermerk

- Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hauptgrp. 7 und Hauptgrp. 8 mit Ausnahme des Titels 892 51** dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 532 51.
- Die Ausgaben folgender Titel sind gegenseitig deckungsfähig: Hauptgrp. 7 und Hauptgrp. 8.
- Mehrausgaben bei folgenden Titeln: **Hauptgrp. 7 und Hauptgrp. 8 mit Ausnahme des Titels 892 51** dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 111 52, 119 59 und 281 51.
- Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dürfen für im Straßenbauplan nicht veranschlagte Bauvorhaben des Bundes und für Kostenerhöhungen nur mit Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen in Anspruch genommen werden, soweit es nicht darauf verzichtet. Die Bauvorhaben bzw. die Kosten- und Zuschusserhöhungen gelten nach dieser Einwilligung als in den Straßenbauplan eingestellt.
- Erstattungen, Beiträge Dritter und Einnahmen aus Schadensersatzleistungen bei unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen fließen den Ausgaben zu.
- Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
Falls Mehrausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet werden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen

Die bisher erhobene zeitbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für deutsche und ausländische LKW ist seit dem Jahr 2002 auf Basis des "Gesetzes zur Einführung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen" durch eine streckenbezogene Gebühr ersetzt worden. Mit der Einführung der streckenbezogenen Gebühr (LKW-Maut) hat die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) die Verteilung von Mitteln aus dem Maut-Aufkommen zur Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben (Straße, Schiene, Wasserstraße) übernommen.

Die VIFG bewirtschaftet die Investitionsansätze als Ganzes. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit führt dazu, dass die Investitionsmaßnahmen unterjährig verkehrsträgerübergreifend finanziert werden können. Von der VIFG nicht verausgabte Mittel werden zusätzlich im jeweils folgenden Haushaltsjahr, spätestens mit dem übernächsten Bundeshaushalt bereitgestellt. Dabei sind die tatsächlichen Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben zu berücksichtigen.

In der Titelgruppe sind die Ausgaben veranschlagt, die aus der streckenbezogenen LKW-Maut finanziert werden. Darüber hinaus sind für diesen Zweck Ausgaben

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titelgruppe 05:

veranschlagt im Kap. 1201 Tit. 422 01, Kap. 1205 Tgr. 01 und Tgr. 55 sowie Kap. 1212 Tit. 428 01 und 511 55.

Veranschlagt sind die Investitionsausgaben zur Finanzierung des Anti-Stau-Programms und anderer Bundesfernstraßenmaßnahmen (siehe Anlage zum Kapitel und Straßenbauplan), des Anti-Stau-Programms und anderer Maßnahmen der Wasserstraßeninfrastruktur (siehe Anlage zum Kapitel und Wasserstraßenbauplan zu Kapitel 1203) und im Bereich der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes für laufende Vorhaben des Bedarfsplanes und weiterer Vorhaben des vordringlichen Bedarfs sowie des Bestandsnetzes (siehe Anlage zum Kapitel). Hierunter fallen auch die Ausgaben für den mehrstreifigen Ausbau im Betreibermodell (A-Modell). Sie umfassen die Anschubfinanzierung der Projekte sowie das den Konzessionsstrecken zuzurechnende Mautaufkommen.

In den Ausgaben der Titelgruppe 05 sind auch die Zweckausgaben gem. § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BStrVermG) enthalten, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen und die der Bund durch Zahlung einer Pauschale abgilt. Sie betragen für Kosten der Entwurfsbearbeitung 2 Prozent der Baukosten, für Kosten der Bauaufsicht 1 Prozent der Baukosten.

526 51	Gerichts- und ähnliche Kosten	12 160	9 100	8 182
	-059			

Haushaltsvermerk

Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 526 52.

Erläuterungen

Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Schiedsgerichtsverfahrens (z. B. für die anwaltliche Vertretung).

526 52	Sachverständige	3 650	4 100	4 618
	-790			

Verpflichtungsermächtigung.....1 200 T€
 davon fällig:
 im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....800 T€
 im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....400 T€

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 526 51.

2. Ausgaben zu Nr. 2 der Erläuterungen dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 51.

Falls Ausgaben aufgrund zu erwartender Einnahmen geleistet wurden und diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr nicht eingehen, dürfen diese Einnahmen, soweit sie in den folgenden Haushaltsjahren eingehen, nicht mehr zur Leistung von Ausgaben verwendet werden.

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Gutachten und Sachverständige.....	3 650
2. Finanzierungsanteil EU (50 Prozent).....	-
Zusammen.....	3 650

532 51	Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW durch Private	702 000	770 000	563 481
	-790			

Haushaltsvermerk

Zahlungen aus dem Betreibervertrag fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen

Der Einzug der streckenbezogenen Gebühren nach dem Gesetz zur Einführung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen erfordert die Leistungsvergabe an private Auftragnehmer.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titel 532 51 (Titelgruppe 05):

Gemäß Betreibervertrag setzt sich die Betreibervergütung der Projektgesellschaft aus vier Komponenten zusammen, von denen drei Komponenten in bestimmten vertraglich festgelegten Rahmen variabel sind.

612 51 Zuweisung an die Länder zum Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer 150 000
-910

Erläuterungen

Die Zuweisungen dienen der Gegenfinanzierung der Steuermindereinnahmen aufgrund der Absenkung der Kfz-Höchststeuersätze für schwere LKW auf das europarechtlich zulässige Mindestniveau durch das Gesetz zur Änderung kraftfahrzeugsteuerlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften.

Mit der Absenkung der Kraftfahrzeugsteuer wird eine der im März 2003 vereinbarten alternativen Maßnahmen zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Straßenverkehrsgewerbe im Zusammenhang mit der Einführung der LKW-Maut umgesetzt.

Vorjahr (mitveranschlagt bei)	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------------------	----------------------	---------------------

Kap. 1202 Tit. 632 51 150 000 -

662 51 Zinszuschüsse f. Investitionen im Rahmen des ERP-Umwelt- u. Energiesparprog. der KfW-Förderbank zur Förderung der Anschaffung besonders emissionsarmer Lkw ("Innovationsprogramm"/Variante Darlehen) 9 000 60 000 -
-790

Verpflichtungsermächtigung.....39 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....9 000 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....8 000 T€
im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....8 000 T€
im Haushaltsjahr 2012 bis zu.....7 000 T€
im Haushaltsjahr 2013 bis zu.....7 000 T€

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind gesperrt.

Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig:
684 51.

Erläuterungen

Die Zuweisungen dienen der Finanzierung von Zinszuschüssen für die Gewährung zinsgünstiger Darlehen zu besonderen Bedingungen im Rahmen des ERP-Umwelt- und Energiesparprogramms der KfW.

Mit der Realisierung des Förderprogramms zur Anschaffung besonders emissionsarmer Lkw wird eine der im Mai 2003 vereinbarten alternativen Maßnahmen zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehrsgewerbe im Zusammenhang mit der Einführung der Lkw-Maut umgesetzt.

Weniger wegen Anpassungen an den Programmverlauf.

682 51 Verwaltungsausgaben der VIFG 2 969 2 801 2 310
-790

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titelgruppe 05:

684 51 -790	Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Programms zur Förderung der Anschaffung besonders emissionsarmer Lkw der KfW-Förderbank ("Innovationsprogramm"/Variante nicht rückzahlbarer Zuschuss)	27 000	40 000	-
-----------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------	--------	---

Verpflichtungsermächtigung.....9 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....7 000 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....2 000 T€

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind gesperrt.

Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

2. Die Ausgaben sind mit folgendem Titel gegenseitig deckungsfähig: 662 51.

Erläuterungen

Die Zuweisungen dienen der Finanzierung von Zinszuschüssen (Anteilsfinanzierung, Einmalzulage), die für die Anschaffung besonders emissionsarmer Lkw von der KfW gewährt werden. Die Zuschüsse stellen zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen im Rahmen des ERP-Umwelt- und Energiesparprogramms der KfW eine alternative Fördermöglichkeit dar.

Mit der Realisierung des Förderprogramms zur Anschaffung besonders emissionsarmer Lkw wird eine der im Mai 2003 vereinbarten alternativen Maßnahmen zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehrsgewerbe im Zusammenhang mit der Einführung der Lkw-Maut umgesetzt.

Weniger wegen Anpassungen an den Programmverlauf.

741 51 -721	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	374 005	390 486	574 170
----------------	-----------------------------------------	---------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigung.....360 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....240 000 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....80 000 T€
im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....40 000 T€

Haushaltsvermerk

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 52, 741 53 und 892 51.

Erläuterungen

Summe der Tit. 741 76 und 741 77 des Straßenbauplans.

741 52 -722	Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	235 500	260 000	150 000
----------------	--------------------------------------	---------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigung.....215 000 T€
davon fällig:
im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....145 000 T€
im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....47 000 T€
im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....23 000 T€

Haushaltsvermerk

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 51, 741 53 und 892 51.

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
Noch zu Titelgruppe 05:				
741 53 -721	Erhaltung, Um- und Ausbau einschließlich Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen)	619 007	350 306	478 548
	Verpflichtungsermächtigung.....580 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....400 000 T€ im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....120 000 T€ im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....60 000 T€			
	Haushaltsvermerk Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 51, 741 52 und 892 51. Erläuterungen Summe der Tit. 741 83, 741 85 und 741 89 des Straßenbauplans. Mehr wegen der Nachveranschlagung nicht verausgabter Mauteinnahmen aus dem Jahr 2006.			
741 54 -722	Erhaltung, Um- und Ausbau einschließlich Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen)	-	-	10 000
	Erläuterungen Summe der Tit. 741 93, 741 95 und 741 99 des Straßenbauplans.			
780 51 -731	Investitionen in die Bundeswasserstraßen	310 854	259 390	227 212
	Verpflichtungsermächtigung.....280 000 T€ davon fällig: im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....150 000 T€ im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....80 000 T€ im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....40 000 T€ im Haushaltsjahr 2012 bis zu.....10 000 T€			
	Erläuterungen Mehr wegen der Nachveranschlagung nicht verausgabter Mauteinnahmen aus dem Jahr 2006.			
821 51 -721	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesautobahnen)	20 000	50 000	50 000
	Erläuterungen Summe der Tit. 821 76 und 821 77 des Straßenbauplans. Weniger wegen Bedarfsanpassung.			
821 52 -722	Grunderwerb für Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesstraßen)	30 000	30 000	20 000
821 53 -721	Grunderwerb für Um- und Ausbau einschließlich Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen)	-	-	10 000
	Erläuterungen Summe der Tit. 821 85 und 821 89 des Straßenbauplans.			
821 54 -722	Grunderwerb für Um- und Ausbau einschließlich Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen)	-	-	5 000
	Erläuterungen Summe der Tit. 821 95 und 821 99 des Straßenbauplans.			

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titelgruppe 05:

891 51 -832	Zuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	984 372	821 402	682 505
----------------	----------------------------------------------------------------------------	---------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigung.....1 120 000 T€
 davon fällig:
 im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....150 000 T€
 im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....200 000 T€
 im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....250 000 T€
 im Haushaltsjahr 2012 bis zu.....200 000 T€
 im Haushaltsjahr 2013 bis zu.....150 000 T€
 im Haushaltsjahr 2014 bis zu.....100 000 T€
 im Haushaltsjahr 2015 bis zu.....50 000 T€
 im Haushaltsjahr 2016 bis zu.....20 000 T€

Erläuterungen

Mehr wegen der Nachveranschlagung nicht verausgabter Mauteinnahmen aus dem Jahr 2006.

892 51 -721	Leistungen des Bundes an private Betreiber für Investitionen in die Bundesautobahnen	16 715	-	-
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------	--------	---	---

Verpflichtungsermächtigung.....2 449 800 T€
 davon fällig:
 im Haushaltsjahr 2009 bis zu.....94 000 T€
 im Haushaltsjahr 2010 bis zu.....95 000 T€
 im Haushaltsjahr 2011 bis zu.....95 000 T€
 in künftigen Haushaltsjahren bis zu.....2 165 800 T€

Haushaltsvermerk

Die Verpflichtungsermächtigung ist mit den Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: 741 51, 741 52 und 741 53.

Erläuterungen

Veranschlagt sind hier die Betreibermodelle (A-Modell) für den mehrstreifigen Autobahnausbau. Die Entgelte an die privaten Betreiber bestehen aus dem weiterzuleitenden Mautaufkommen der Konzessionsstrecken sowie der ggf. erforderlichen Anschubfinanzierung.

Mehr wegen Beginn Pilotprojekt A 8 Augsburg-München.

Titelgruppe 06

Tgr. 06	Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	(39 000)	(38 000)
---------	-----------------------------------------------------------------------------	----------	----------

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
4. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 BHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt oder unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.
5. Es wird zugelassen, dass die Ergebnisse der Forschungsvorhaben ausgewertet, dokumentiert, veröffentlicht und verbreitet werden.
6. Von den Mitteln dürfen bis zu 5 Prozent für Projektmanagement eingesetzt werden.

Erläuterungen

In den Jahren 2006 bis 2016 sollen für ein Langfristprogramm zur Förderung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie in Deutschland insgesamt 1 Mrd. € mobilisiert werden. Dieses Nationale Investitionsprogramm Wasser- und Brennstoff-

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titelgruppe 06:

zellentechnologie soll zu gleichen Anteilen von jeweils 500 Mio. € von der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Automobil- und Mineralölindustrie sowie der Energiewirtschaft finanziert werden. Es dient dem Erhalt und Ausbau der Technologieführerschaft der deutschen Industrie, der Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und leistet zugleich einen wichtigen Beitrag für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung und den Klimaschutz.

Aus dem 6 Mrd. €-Sonderprogramm der Bundesregierung für Forschung und Innovation sind für das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie in den Jahren 2006 bis 2011 insgesamt rd. 203 Mio. € bei der Tgr. 06 vorgesehen.

Die Bundesregierung hat in den zurückliegenden 30 Jahren die Erforschung und Entwicklung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie aktiv gefördert und damit u. a. wichtige Grundlagen geschaffen, um im Bereich Mobilität und Wohnen die Abhängigkeit vom Öl künftig zu verringern. Durch die gezielte Unterstützung und die Förderung der entstehenden Wasserstoff- und Brennstoffzellenbranche (insbesondere Automobilindustrie, Anlagenbau, Heiz- und Energietechnik, Gasindustrie) bietet sich die große Chance, diesen Prozess positiv zu beeinflussen und die - für den Standort Deutschland wichtige - Marktentwicklung zu beschleunigen. Dafür ist ein gezieltes, mehrjähriges Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprogramm mit Beteiligung industrieller Partner erforderlich. Das Programm dient als weiterer Baustein der Umsetzung der "Kraftstoffstrategie" der Bundesregierung.

Die Mittel können bis zur Höhe von 1 Mio. € im Jahr 2006 und jeweils 2 Mio. € in den Jahren 2007 bis 2009 auch u. a. für FuE-Aktivitäten im Bereich biogener Kraftstoffe verwandt werden.

531 61 -622	Studien, Untersuchungen, Gutachten sowie Projektbegleitung Erläuterungen	4 000	4 000	-
----------------	-----------------------------------------------------------------------------	-------	-------	---

Konzentration und Koordination von Forschung und Entwicklung der unterschiedlichen Akteure und Anwendungsfelder. Zur gezielten Umsetzung des Langfristprogramms soll ein professionelles Programm-/Projekt-Management aufgebaut werden. Arbeitsthemen sind insbesondere die Erstellung einer "Wasserstoff- und Brennstoffzellen- Roadmap" für Deutschland, Fragen zur Standardisierung von Regelwerken, Sicherheitsanforderungen, Aus- und Weiterbildung sowie bilaterale, europäische (insbesondere European Hydrogen and FuelCell Technology Platform, "HFP") und internationale Kooperation (Internationale Partnerschaft für die Wasserstoff- Wirtschaft, "IPHE" und der IEA "Hydrogen Coordination Group").

682 61 -622	Verwaltungsausgaben der NOW GmbH Haushaltsvermerk	1 365	-	-
----------------	------------------------------------------------------	-------	---	---

1. Die Ausgaben sind gesperrt.
Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
2. Einsparungen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei folgendem Titel: 683 61.
3. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen

Adresse und Bezeichnung	Finanzierungsanteil in Prozent		Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
	mit Eigenmittel	ohne			
1	2	3	4	5	6

Institutionelle Förderung/Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO

NOW GmbH Nationale Organisation Wasserstoff-und Brennstoffzellentechnologie..... - aus Kap. 1202 Tit. 682 61	100,00	1 365	-	-
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------	-------	---	---

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages behält sich vor, den Gründungsvertrag der bundeseigenen Programmgesellschaft NOW GmbH nach dessen

Allgemeine Bewilligungen 1202

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titel 682 61 (Titelgruppe 06):

Ausarbeitung, aber vor Unterzeichnung zu beraten. Die Beratung ist konstitutiv zur Aufhebung der unter Ziff. 1 des Haushaltsvermerks ausgebrachten Sperre.

683 61 -622	Zuwendungen im Rahmen der Umsetzung des nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	7 635	8 000	-
----------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------	-------	---

Haushaltsvermerk

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 1 365 T€ der Einsparungen bei folgendem Titel geleistet werden: 682 61.

Erläuterungen

FuE-Maßnahmen bei der Brennstoffzelle zum Antrieb in Kraftfahrzeugen sowie beim Energiemanagement und den Bordspeichertechnologien für Elektrizität und Wasserstoff.

Verstärkung der Grundlagenforschung, z. B. zur Verbesserung der Effizienz und Lebensdauer sowie zur Senkung der Gesamtkosten von Brennstoffzellen sowie zur wirtschaftlichen Nutzung von Wasserstofftechnologien (Arbeitsthemen u. a. die Lösung von Fragen der Materialentwicklung, Wasserstoff-Speicher- und Produktionstechnologien).

891 61 -622	Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich nationales Innovationsprogramm Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie	26 000	26 000	-
----------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------	--------	---

Erläuterungen

Maßnahmen zur Erprobung von Pilotanlagen (stationär sowie insbesondere mobil) sowie Realisierung von Demonstrationsprojekten ("Leuchtturmprojekte" zu Wasserstoff und Brennstoffzellen gemeinsam mit der Industrie und in enger Abstimmung zwischen den Ressorts und mit den Bundesländern).

Der Auf- und Ausbau von PPP-Pilot- und Demonstrationsprojekten zielt auf eine breite Marktvorbereitung und -durchdringung mittels Systemintegration neuer Technologien ab (z. B. Vorserienproduktion bei der Brennstoffzelle als Blockheizwerk für industrielle Anwendungen; Errichtung von Pilotanlagen für die Brennstoffzelle zur Hausenergieversorgung; Aufbau eines Tankstellen-Korridors und Ausbau der mobilen Wasserstoffflotte mit neuer Technologie; neue Wasserstoff-Anwendungsformen in der Schifffahrt und im Luftverkehr).

Titelgruppe 07

Tgr. 07	Aufbauhilfe für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes	(-)	(-)	
---------	------------------------------------------------------	-----	-----	--

Haushaltsvermerk

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgaben sind mit folgenden Titeln gegenseitig deckungsfähig: Kap. 0602 Tit. 698 01, Kap. 0802 Tit. 713 02, Kap. 1002 Tit. 662 11, Kap. 1112 Tit. 683 01, 683 02 und 713 01.
3. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: Kap. 6002 Tit. 334 01.
4. Einnahmen aus Rückzahlungen zweckwidrig verausgabter Mittel sowie Zinsen fließen den Ausgaben zu, auch wenn die Ausgaben in einem früheren Haushaltsjahr erbracht wurden.
5. Die nicht im Rahmen der Zweckbindung vom Bund verausgabten Mittel sind nach Maßgabe von § 8 Abs. 5 Aufbauhilfefondsgesetz dem Freistaat Sachsen zur Verfügung zu stellen.

713 71 -699	Aufwendungen für Bundesfernstraßen (August-Hochwasser 2002)	-	-	-
----------------	-------------------------------------------------------------	---	---	---

713 73 -699	Aufwendungen für Bundeswasserstraßen (August-Hochwasser 2002)	-	-	-
----------------	---------------------------------------------------------------	---	---	---

1202 Allgemeine Bewilligungen

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2008 1 000 €	Soll 2007 1 000 €	Ist 2006 1 000 €
-------------------	-----------------	-------------------------	-------------------------	------------------------

Noch zu Titelgruppe 07:

891 71 -699	Aufwendungen für Eisenbahnen des Bundes und Bundeseisenbahnvermögen (August-Hochwasser 2002)	-	-	-
----------------	----------------------------------------------------------------------------------------------	---	---	---

Gegenüber dem Vorjahr entfallene Titel

531 15 -719	Kosten aus Anlass des CEMT-Forschungssymposiums 2006		-	-
632 51 -910	Zuweisungen an die Länder zum Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer		150 000	-
896 04 -722	Ersatzneubau einer Brücke über den Torfkanal B 110		-	240
896 06 -167	Deutscher Beitrag zum Aufbau des europäischen, zivilen Satellitennavigationssystem "GALILEO"		20 000	17 000

Abschluss des Kapitels 1202

Einnahmen

Steuern und steuerähnliche Abgaben.....		
Verwaltungseinnahmen.....	3 445 300	3 350 300
Übrige Einnahmen.....	5 900	4 600
Gesamteinnahmen.....	3 451 200	3 354 900

Ausgaben

Personalausgaben.....		
Sächliche Verwaltungsausgaben.....	737 094	803 690
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.....		
Schuldendienst.....		
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen).....	318 024	376 225
Ausgaben für Investitionen.....	2 713 807	2 412 448
Besondere Finanzierungsausgaben.....	-	-
Gesamtausgaben.....	3 768 925	3 592 363